

Opfer zweiter Klasse

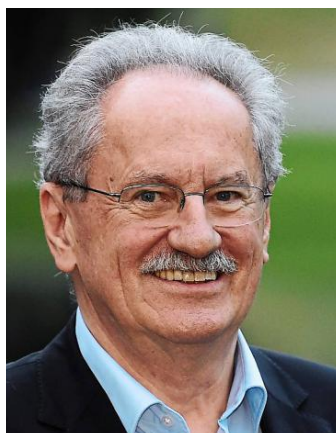


Insgesamt töteten die Nationalsozialisten nach Schätzungen 200 000 bis 300 000 Menschen mit Behinderung und psychisch Erkrankte, weil sie diese als „unwertes Leben“ erachteten. Auch die Frau auf dem Foto wurde 1945 von NS-Schergen ermordet. Foto: Sven Hoppe/dpa

Die Nazis brachten Tausende behinderte Kinder um – bis heute werden diese nicht offiziell als NS-Opfer anerkannt. Angesichts jüngster AfD-Attacken warnt Alt-OB Ude vor einem „Rückfall in die Barbarei“

Der Brief, der im Frühjahr 1939 in der Reichskanzlei des Führers einging, klang, als schreibe da jemand über sein unheilbar krankes Haustier. Doch der sächsische Vater forderte in dem Schreiben an Adolf Hitler nicht weniger, als sein behindertes Kind „einschlafen zu lassen“. Dem Reichskanzler kam die Bitte sehr gelegen. Für die Nationalsozialisten waren Menschen mit Behinderung lebensunwerte „Misser“, die dem Volk auf der Tasche lagen.

Der Diktator ermächtigte zu diesem Anlass den Leiter der Führerkanzlei, Philipp Bouhler, und seinen Leibarzt, Karl Brandt, das Kind zu töten und in ähnlichen Fällen genauso zu verfahren.



„Das sind Leute, die mit Euthanasie mehr am Hut haben als mit Inklusion“, sagt Alt-OB Christian Ude (SPD) über AfD-Politiker. Foto: dpa

Dem Tod des Kindes sollten viele Morde folgen – erst brachte das Regime Babys und Kleinkinder um, am Ende fielen dem im Herbst 1939 begonnenen Massenmord Hunderttausende Behinderte jeder Altersgruppe zum Opfer. Die Nazis nannten diese bis heute von weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit ignorierte Barbarei zynisch „Euthanasie“, was auf Altgriechisch „Sterbehilfe“ heißt.

Im katholischen Bayern gab es zwar in vielen kirchlichen Kliniken und Heimen Unmut über das Töten. Doch auch hier mordeten die Nazis weitgehend

ungestört – allein aus dem Raum Landshut wurden 118 Behinderte umgebracht.

Die „Kindereuthanasie“ begann mit einem streng vertraulichen Rund-erlass des Reichsinnenministeriums am 18. August 1939. Die Landesregierungen wurden darin angewiesen, dass Hebammen und Ärzte missgebildete und behinderte Neugeborene den Amtsärzten melden müssten, die wiederum die Meldungen zu prüfen und an einen sogenannten Reichsausschuss weiterzuleiten hätten. Dieser hatte seinen Sitz in Berlin, Tiergarten 4. Deshalb wurden die „Euthanasie“-Tötungen unter dem Decknamen „T4“ geplant.

Im Oktober 1939 ermächtigte Hitler die Länder in einem Schreiben, die Befugnisse von Ärzten so zu erweitern, dass „nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“.

Nach und nach entstanden über 30 Kinderfachabteilungen an Heil- und Pflegeanstalten, in denen bis 1945 mehrere Tausend Kinder und Jugendliche von willfähigen Schergen des NS-Regimes getötet wurden.

Es dauerte nicht lange, bis die Kliniken aufgefördert wurden, auch erwachsene Behinderte zu melden. Im Auftrag des Regimes erfassten Ärzte und Schwestern in Fragebögen etwa die Krankengeschichte, die Arbeitsfähigkeit und die Heilungsaussichten des Patienten. Ein Gutachter in Berlin prüfte die Bögen.

Diejenigen, die ermordet werden sollten, erhielten ein „+“-Zeichen auf dem Bogen eingetragen. Sie wurden dann in als Krankenanstalten deklarierte Tötungseinrichtungen verlegt. Dort wurden Kinder häufig per Giftspritze ermordet, die Erwachsenen in der Regel vergast.

Die Verantwortlichen konnten keine Skrupel. Bei einem Versuch mit Menschen im Dezember 1939 oder Januar 1940 in Brandenburg verfolgten di-

verse Nazi-Funktionäre und Ärzte durch ein Guckloch in der Tür, wie die Opfer qualvoll erstickten.

Das für die Morde notwendige Kohlenmonoxidgas lieferte die IG Farben, aus der nach dem Krieg unter anderem der Weltkonzern BASF hervorging.

Manchen Historikern gilt die Euthanasie als Testlauf für den millionenfachen Judenmord. Innerhalb eines Jahres wurden im Rahmen des T4-Programms mindestens 70 000 Menschen mit Beeinträchtigung umgebracht – Kinder mit Down Syndrom oder Autisten waren unter den Opfern, aber auch traumatisierte Soldaten. Die Nazis äscherten die Leichen ein, um Obduktionen zu verhindern.

„Das ist ein perfides Spiel der AfD“

Das von den Nazis gewünschte Geheimhalten der Morde funktionierte aber nicht. So sprachen die ständigen Fahrten von besetzten Bussen mit kaum einsehbar Fenstern und der Rauch der Krematorien über den Anstalten für sich. Viele Menschen, die davon erfuhren, waren empört. Im August 1941 wurde das T4-Programm nach zunehmenden Protesten offiziell gestoppt. Kurz zuvor hatte ein Bischof an der Kanzel über das Verschwinden von immer mehr Deutschen gesprochen.

Die Morde hörten jedoch nicht gänzlich auf. In einigen deutschen Anstalten starben Patienten an absichtlich herbeigeführtem Hunger und bewusster Überdosierung von Medikamenten. Vor allem jedoch brachte die SS in den Konzentrationslagern weiter psychisch Kranke und Schwerbehinderte um. Insgesamt töteten die Nazis nach Schätzungen 200 000 bis 300 000 Behinderte und psy-

chisch Erkrankte in Deutschland und den besetzten Gebieten.

Doch die ermordeten Menschen mit Beeinträchtigung werden bislang nicht förmlich als NS-Verfolgte anerkannt. Eines „Offenbarungseid“ nennt dies Corina Rüffer, behindertenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, in der AZ. Sie setzt sich für eine offizielle Anerkennung ein, die bei anderen Opfergruppen längst erfolgt ist. Auch Ulla Schmidt (SPD), Vorsitzende der Lebenshilfe, sagt auf Anfrage, der Bundestag solle die im Rahmen der T4-Aktion Ermordeten endlich als Verfolgte des NS-Regimes anerkennen. Sie spricht von „Opfern zweiter Klasse“.

Menschen mit Beeinträchtigung werden heute zwar nicht mehr umgebracht – von echter Teilhabe sind sie jedoch weit entfernt. Am Samstag demonstrierten mehr als 100 Behinderte in München. Noch vor ein paar Jahren hätte wohl niemand gedacht, „dass sich Deutschland nochmals in eine so widerliche und brandgefährliche Richtung entwickelt“, warnte die Vorsitzende des Bayerischen Behindertenverbands Patricia Koller. Münchens ehemaliger Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) sagte über Teile der AfD: „Das sind Leute, die mit Euthanasie mehr am Hut haben als mit Inklusion.“

Der Grund für das Entsetzen: Der AfD-Politiker Björn Höcke hat sich jüngst dagegen ausgesprochen, dass Kinder mit Beeinträchtigung Regelschulen besuchen dürfen. Er wolle den Bildungsbereich von der Inklusion „befreien“. Und weiter: „Gesunde Gesellschaften haben gesunde Schulen“, so der Rechtsextreme in klassischem NS-Sprech. Ude warf Höcke vor, derlei bereite einen „Rückfall in die Barbarei“ vor. Auch Rüffer findet deutliche Worte: „Das ist ein perfides Spiel. Höcke erklärt Menschen für krank und sagt, wir müssen sie loswerden. Das ist faschistoid.“

Letztlich betont die AfD zwar gerne, dass jeder seinen Lebensunterhalt selbst verdienen soll. Kindern mit Behinderung soll dieser Weg jedoch verbaut werden. Denn die von der AfD gefeierten Förderschulen verlassen drei von vier Schülern ohne jeden Abschluss. Tobias Lill

BAYERN kompakt

Eichstätter Wölfe reißen immer öfter Vieh

EICHSTÄTT In den letzten Wochen kam es im Landkreis Eichstätt laut Bayerischem Landesamt für Umwelt vermehrt zu Übergriffen durch Wölfe auf Nutztiere. Die Behörde rät deshalb „dringend allen Nutztierhaltern aus der Region, ihre Tiere zu schützen“, etwa mit speziellen Zäunen. Im Gebiet Altmühltal sei „von einer dauerhaften Wolfspräsenz auszugehen“.



Ein Wolf. Foto: imago

Mehr Feuerwehreinätze in Bayern

MÜNCHEN Bayerns Feuerwehren mussten 2021 deutlich häufiger ausrücken als 2020. Im Schnitt alle 2,1 Minuten oder rund 670 Mal pro Tag seien die Feuerwehren zur Hilfe alarmiert worden – in Summe rund 246 000 Mal. Dies teilte das bayerische Innenministerium mit. Neuere Zahlen zum Einsatzgeschehen liegen nicht vor. Zum Vergleich: 2020 waren es bayernweit nur 218 000 Einsätze.

Mann fährt mit Auto Bienenstöcke um

FENSTERBACH Ein Mann hat in der Oberpfalz mit seinem Auto mehrere Bienenstöcke umgefahren – und so die Heimat von 22 Bienenvölkern zerstört. Die überlebenden, „nun wildgewordenen“ Tiere seien am Unfallort in Fensterbach (Landkreis Schwandorf) zurückgeblieben, teilte die Polizei mit. Drei Stunden nach dem Vorfall in der Nacht auf Mittwoch habe sich dann ein zur Tatzeit betrunkenen 24-Jähriger bei den Ermittlern als Verursacher gemeldet – laut dessen Angaben auf Druck seiner Eltern.

Suche nach Schwimmer in der Isar

PLATTLING Ein junger Mann ist in Niederbayern seiner Freundin beim Baden in der Isar zur Hilfe geeilt und dann selber untergegangen. Die Wasserschutzpolizei sucht nach dem Vermissten. Demnach war das junge Paar beim Baden an der Isar in Plattling (Landkreis Deggendorf).

43 Klima-Aktivisten in Gewahrsam



Aktivisten der Letzten Generation blockieren eine Bundesstraße. dpa

Nach der Blockade einer wichtigen Durchgangsstraße in Würzburg hat die Polizei 43 Klima-Aktivisten in Gewahrsam genommen. 36 Unterstützer der Gruppe Letzte Generation wurden am Dienstagabend nach einer Belehrung auf der Dienststelle und ihrer Zusage, sich nicht an weiteren Aktionen zu beteiligen, wieder entlassen. Weitere sieben schlossen nach Polizeiangaben weitere Handlungen in der Nacht zu Mittwoch nicht aus und verblieben in Polizeigewahrsam.

Die Aktivisten zeigten sich am Mittwoch unbeeindruckt von den Maßnahmen und kündigten weitere Aktionen für Donnerstag in Nürnberg an. Weitere Städte sollen folgen. Die Letzte Generation macht seit 2022 regelmäßig mit Sitz-

blockaden auf Straßen, aber auch mit anderen umstrittenen Aktionen auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam. Die Aktivisten stehen dabei auch selbst im Fokus von Polizei und Staatsanwaltschaft bundesweit. Es geht dabei um unterschiedliche Tatbestände wie Sachbeschädigung oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Die Gruppe wirft der Bundesregierung unter anderem vor, Gesetze zu brechen, weil das Verfehlen der Klima-Ziele im Verkehrssektor keine Folgen habe. Mit ihren Aktionen wollen sie ein Umdenken und Handeln bei Verantwortlichen erreichen. In Würzburg hatte die Letzte Generation am Montag und Dienstag protestiert. Als nächstes wollen die Mitglieder nach eigenen Angaben in Nürnberg aktiv werden.